



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1906**

433 (18.9.1906) 2.Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-422673](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-422673)

General-Anzeiger



(Badsche Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim and Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim and Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harms, W. 50, Würzburgerstraße 15. Telefon: Berlin-Charlottenburg Nr. 8987.

Karlsruhe: Georg Christmann, Helmholzstraße 13. Telefon: Nr. 1907.

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahme-Druckarbeiten) 341

Redaktion 877

Expedition und Verlags-

buchhandlung 318

Abonnement:

70 Pfennig monatlich.

Ergebnis 28 Bg. monatlich,

durch die Post bez. incl. Post-

ausschlag M. 3.49 pro Quartal.

Einzel-Nummer 5 Bg.

Inserate:

Die Colonel-Zeile . . . 20 Bg.

Kurzfristige Inserate . . . 25

Die Restante-Zeile . . . 60

Nr. 433.

Dienstag, 18. September 1906.

(2. Mittagsblatt.)

78. Deutscher Naturforscher- und Arztetage.

(Von unserem Korrespondenten.)

ab. Stuttgart, 17. Sept.

Erster Tag.

Im Festsaal der Niederhalle nahm heute früh die erste allgemeine Versammlung des Deutschen Naturforscher- und Arztetages ihren Anfang. Die Beteiligung ist eine außerordentlich starke. Der Kongress erhielt ein besonders feierliches Gepräge durch die Anwesenheit des Königs Wilhelm II. von Württemberg.

Nach Eröffnung der Sitzung ergriff zunächst das Wort der erste Geschäftsführer Obermedizinalrat Generalarzt Dr. v. Burkhardt: Stuttgart, welcher zunächst dem König für sein Erscheinen dankte. Er dankte hierauf der Regierung und der Stadtgemeinde für deren Unterstützung bei den Vorarbeiten des Kongresses. Der Redner schließt mit einem dreifach begeistert aufgenommenen Hoch auf Kaiser Wilhelm und König Wilhelm II.

Namens der Regierung ergriff der Staatsminister für Kultus und Schule, v. Pfeilschauer, das Wort. Er begrüßte den Verein namens der kgl. Staatsregierung. Nach Absendung eines Grußgramms an Kaiser Wilhelm II. begrüßte der Oberbürgermeister v. Gauß namens der Stadtgemeinde den Kongress.

Nach einigen weiteren Begrüßungsworten des Vektors des Technischen Hochschuls, Oberbaumeister R. R. R. und des Rektors der Tierärztlichen Hochschule, S. u. d. o. r. f., sowie der Vertreter der örtlichen Ständevereine Württembergs und speziell Stuttgarts, übernahm der 1. Vorsitzende, Prof. Dr. C. H. u. v. e. i. g. g., der bekannte Südpolarforscher, den Vorsitz. Er dankte namens des Vorstandes dem König für sein Erscheinen und auch der Regierung und der Stadtgemeinde, sowie der Geschäftsführung für die umfängliche Leistung der Vorarbeiten.

Hierauf wurde in die Beratungen eingetreten. Es lag zunächst der Bericht des Professors Dr. C. u. y. m. e. r. G. a. l. l. e. über die Tätigkeit des auf dem Naturforscher- und Arztetage in Weiskau eingesetzten Untersuchungskomitees der Gesellschaft vor, die sich vor allem die Reform des naturwissenschaftlichen Unterrichts an den höheren Schulen angelegen sein lassen will. Die Tendenz der von der Kommission gemachten Vorschläge erstreckt sich auf folgenden drei Seiten:

1. Die Kommission wünscht, daß den Abiturienten weder eine einseitig sprachlich-literarische, noch eine einseitig naturwissenschaftliche Bildung gegeben werde. 2. Die Unterrichtscommission erkennt die Notwendigkeit und die Naturwissenschaft als den Sprachunterricht gleichwertige Bildungsmittel an und hält fest an dem Prinzip der spezifischen Allgemeinbildung (das will sagen: einer Bildung, deren Ziel überall das gleiche ist, eine feste Bildung des Geistes und Charakters, jedoch gewonnen auf verschiedenen, den Spez. Wissenschaften der einzelnen Fächer entsprechend, durch die einzelnen Schularten vermittelten Bildungswegen). 3. Die Kommission erklärt, die tatsächliche Gleichberechtigung der höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen) als durchaus notwendig und wünscht deren vollständige Anerkennung. — Im Weiteren sei erwähnt, daß für den naturwissenschaftlichen Unterricht im ganzen sieben Wochenstunden gefordert werden, von denen drei auf Physik, je zwei auf Chemie und die wieder in den Unterstufen der oberen Klassen aufzunehmenden biologischen Fächer einschließlich der Geologie entfallen sollen; daneben wird die Ansetzung besonderer Stunden für praktische Übungen in allen Zweigen des naturwissenschaftlichen Unterrichts als dringend nötig erklärt. Die volle Durchsicherung ihrer Forderungen verlangt die Kommission zunächst nur für die realistischen Anstalten, an humanistischen Gymnasien begnügt sie sich mit der Forderung einer Wehrkunde für Mathematik in jeder Tertie und einer Wehrkunde für Physik in jeder der drei oberen Klassen, indem sie angesichts der hier obwaltenden Schwierigkeiten von weiteren Vorschlägen Abstand nimmt, die tatsächliche naturwissenschaftliche Ausbildung des Gymnasialabiturienten aber nachdrücklich für einen der Absätze dringend bedürftigen Wunsch erklärt.

Die Kommission hat sich im letzten Jahre insbesondere mit der Frage der segneren Aufklärung der Jugend beschäftigt.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Montag, den 17. September.

(Fortsetzung.)

Voranstellung von Jubiläumsspielen im Hoftheater.

Stv. B. J. u. l. b. a. bemerkte, es sei eine Pflicht des Theaters, im Jubiläumsjahr zu beweisen, was es leisten könne. Die angelegten Kosten für die Festspiele dürften nicht als zu hoch angesehen werden. Es würden doch bedeutende Künstler herangezogen. Außerdem müsse in Betracht gezogen werden, daß die neuen Aufstellungen dem Fundus des Theaters zugute kämen.

Stv. B. v. e. i. bemerkte, seine Fraktion werde für die Vorlage stimmen unter der Voraussetzung, daß die Festspiele nachher zu niedrigeren Preisen für die Allgemeinheit wiederholt würden. Redner erfuhr um die Erklärung, warum der Herr Intendant nicht hier wäre, um die Vorlage zu begründen.

Bürgermeister M. a. r. t. i. n. i. n. a. in Bezug auf die Anfrage des Vorredners jetzt noch keine bestimmte Antwort geben. Es werde gemacht werden können, wenn die Intendant glaube, daß kein finanzielles Risiko damit verbunden sei. Intendant Dr. H. o. g. e. m. a. n. n. b. e. r. i. t. den Saal. Der Vorsitzende stellt ihn dem Bürgerausschuß vor.

Stv. B. v. e. i. wiederholt auf Wunsch des Vorsitzenden noch einmal seine Anfrage.

Bürgermeister M. a. r. t. i. n. i. n. a. bemerkt, die Anfrage sei doch von ihm bereits schon beantwortet worden. Man dürfe mit dem Plan, die Festspiele zu wiederholen, nicht zu früh herandrängen, weil sonst niemand zu den teuren Preisen ins Theater gehe. Darauf, daß die Fremden allein das Theater füllen würden, könne nicht gerechnet werden. Man rechne darauf, daß auch das Mannheimer Publikum die Festspiele mit den teuren Gästen besuche.

Stv. B. v. e. i. bemerkt, nach der Erklärung vom Stadtratsschreiber sei es sicher zu sein, daß die Festspiele für die oberen 10 000 bestimmt seien. Seine Fraktion könne sich damit nicht zufrieden geben, daß für die Allgemeinheit die teuren Preise bestehen würden. Sie müßte deshalb die Vorlage ablehnen.

Bürgermeister M. a. r. t. i. n. i. n. a. entgegnet, es sei beabsichtigt, den Jubiläumssommer mit den Festspielen zu betreiben und daß die Vorstellungen in derselben Ausstattung und möglichst derselben Rollenbesetzung zu gemäßigten Preisen wiederholt würden.

Stv. B. v. e. i. gibt sich mit dieser Auskunft zufrieden.

Nach einer weiteren Bemerkung des Stv. B. J. u. l. b. a. wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Bauliche Verfertigungen und Einrichtungen im Hoftheater.

Verlangt werden 16 000 M.

Stv. B. a. g. e. n. a. stellt fest, daß die Arbeiten dringend notwendig sind. Die Arbeiten seien schon teilweise ausgeführt, weil sie dringend notwendig gewesen seien. Es frage sich, ob man die Summe nachträglich genehmige oder sie auf das Theaterbudget übernehme. In nächster Zeit würden jedenfalls infolge strenger Vorschriften des Elektrizitätswerkes noch weitere Anforderungen für die Beleuchtungsanlage kommen.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen. (Dr. Hopemann verläßt wieder den Saal.)

Die Leuchtfontäne auf dem Friedrichsplatz.

Stv. B. J. u. l. b. a. bemerkt, die Vorlage rufe schmerzliche Erinnerungen wach. Im Jahre 1890 seien für die Fontäne 20 000 M. bewilligt worden, die spurlos in Friedrichsplatz verschwunden seien. Man habe die Leuchtfontäne nie aufleuchten lassen. Es sei außerordentlich unangenehm, gegen die Autorität des Professors Schmitz aufzutreten, der das Wasser in die Höhe schleudern wolle. Ebenso müsse er sich gegen die Leuchtfontäne, die Lieblingsidee des Herrn Bürgermeisters Ritter, aussprechen. Der Stadtordnungsamt habe beschlossen, die Ausführung der Vorlage zu beantragen. Die Fontäne sei eine Spielerei. Bei der Erhebung der Forderung der Ausstellung durch die Fontäne könne keine Rede sein. Auch schwebte der Voranschlag völlig in der Luft. Die Vorlage schmeiße schon den Kern der Ueberforderung in sich zu tragen. Die Kosten des Betriebes der Leuchtfontäne betrügen 48 M. pro Stunde. Das sei zu kostspielig. Nehme man 180 Aufstellungstage, so erhalte man einen Netzergebnis von 8 640 M. bei 3 Stunden pro Tag. Man habe sicher große Ausgaben und ungesicherte Einnahmen. Redner glaubt nicht an die Wirkung des großen Wassins. Es würde einen melancholischen Eindruck machen. Man sollte mal aufhören, den Platz umzumodeln. Das eine könne nicht vom anderen getrennt werden. Deshalb bitte er beide Projekte fallen zu lassen.

Bürgermeister Ritter bemerkt, die tellerartige Verfertigung in der Mitte des Platzes sei ein Provisorium. Man müsse für die Aufstellung des Platzes für das Jubiläumsjahr unbedingt Mittel bewilligen. Redner geht auf die Vorgeschichte der stadträulichen Vorlage des Ritters ein. Der jetzige Vorschlag lag schon vor Jahren vor, wurde aber bisher nicht ausgeführt. Man werde sich noch erinnern, in welchem Zustande der Platz sich befand, als Schmitz eintrifft. Der Platz habe mit seinen vielen kleinen Eingängen ausgefüllt, als wenn man eine Hundebauktion dort abhalten wolle. Schmitz habe das Vertrauen des Stadtrates und des Bürgerausschusses glänzend gerechtfertigt. Und derlei Künstler verlange, daß ihm zur Vollendung des Wertes die nötigen Mittel bewilligt würden. Von Herrn Stv. B. J. u. l. b. a. ist mir nicht bekannt, daß er wie Schmitz Arbeiten angeführt hat, die das Interesse der ganzen Künstlerwelt erregten. Weiterheit. Man werde es ihm deshalb nicht verdenken, daß er sich auf die Seite des Prof. Schmitz schlage. Man könne allerdings die Frage aufwerfen, ob es jetzt gerechtfertigt sei, den Aufwand von 30 000 M. aufzubringen. Die Frage ist mit Bezug auf das Jubiläum nicht schwer zu bejahen. Wenn man in die Welt hinausposaune: „Seht Euch das schöne Mannheim an!“, dann müsse man auch etwas Vollendetes bieten. Der Ruf Mannheims sei immer noch nicht der beste, wie er erst kürzlich auf seinen Meilen habe konstatieren können. Wenn man alle noch vorhandenen Vorurteile gründlich bekämpfen wolle, dann müsse man auch etwas Hervorragendes bieten. Was könne denn Mannheim bieten? Es bliebe nur übrig, den Fremden den Rosengarten zu zeigen, wenn man etwas Besonderes präsentieren wolle. Berufene Künstler, mit denen er in letzter Zeit gesprochen habe, hätten sich sofort gegen das Provisorium ausgesprochen. Es wäre keine bessere Jubiläumsgabe für die kommenden Generationen denkbar, als die Vollendung des Platzes. Was die angeforderte Summe anlangt, so müsse man die Umformstation abzuheben. Auch im Rosengarten brauche man eine Stromreserve, die man durch die Umformstation erhalte. Was die Leuchtfontäne betreffe, so gebe er zu, daß sie kein Kunstwerk sei. Soviel sei aber sicher, daß die Leuchtfontäne beim großen Publikum großen Anklang finde. Man müßte ja auch das Feuerwerk als eine Spielerei betrachten. (Stv. B. v. e. i.: Sehr richtig.) Der Betrieb der Fontäne sei ja auch nicht nur für die Ausstellung, sondern dauernd. Auch brauche man keine besonderen Arbeitskräfte für die Montierung. Es wäre ein großer Vorzug, wenn jeden Sonntag die Fontäne beleuchtet werden könnte. Auf den Fremdenzustand

würde dies einen großen Einfluß ausüben. Redner wäre sehr dankbar, wenn man ihn als Sachverständigen gelten lassen würde. Er würde die Vorlage nicht so hartnäckig verteidigen, wenn er von ihrer Notwendigkeit nicht festeste überzeugt wäre. Er bitte der Vorlage zuzustimmen. (Beifall.)

Stv. K. ö. n. i. g. bemerkt, seine Freunde würden für die Vorlage stimmen. Er sei vollständig der Ansicht des Herrn Prof. Schmitz. Er halte alles das, was der Vorredner in Bezug auf die Aufstellung des Platzes ausgeführt habe, für zutreffend. Jetzt sei der gegebene Zeitpunkt, wo man die Aufstellung des Platzes vollenden müßte. Es würde ein bedeutende Attraktion fehlen, wenn man die Leuchtfontäne nicht schaffe. Man trage mit der Aufstellung des Platzes dazu bei, der Ausstellung einen glänzenden Mittelpunkt zu geben. Seine Fraktion werde deshalb für die Vorlage stimmen.

Stv. S. c. h. w. e. i. l. a. r. t. möchte die Fontäne in der Mitte des Schmuckplatzes angebracht wissen.

Stv. S. t. e. r. n. freut sich über die warme Vertretung der Vorlage durch Herrn Bürgermeister Ritter. Die Ausführungen des Stv. B. J. u. l. b. a. hätten in verschiedenen Punkten ihre gewisse Berechtigung. Stv. B. J. u. l. b. a. habe seine Ausführungen mit den Worten begonnen: Welchen Wandel hat dieser Platz schon durchgemacht! Wir wissen aber ganz genau, welche Freude und Genugung wir darüber empfunden haben, als Prof. Schmitz das, was wir bisher falsch gemacht hatten, in richtige Bahnen geleitet hat. Stv. B. J. u. l. b. a. habe einmal bei einer Beratung den leisen Zwischenruf gemacht, daß es zu spät sei. Genehmigen Sie deshalb die Vorlage, nicht daß es bei einer späteren Beratung, falls man auf die Vorlage wieder zurückkommen sollte, so heißen könne. Wenn der Vorredner gesagt habe, man wolle den späteren Geschlechtern auch etwas überlassen, so stimme er diesem bei; aber es müsse etwas Vollkommenes sein. Prof. Schmitz habe seinen Plan durchaus nicht geändert, sondern habe die jetzige Forderung schon von Anfang an vertreten. Aber man konnte nichts ausführen, weil kein Geld vorhanden war. Herr J. u. l. b. a. der stillerbetretende Vorsitzende des Vereines Mannheim, der ja schon oft hier in diesem Hause seine Freunde an Mannheim angesprochen hat, und der von Anfang an, seit ich ihn in diesem Hause kenne, fest dahin gewinkt hat, daß sich der Fremdenverkehr in Mannheim hebt, der verhält sich nun gegenüber einer derartigen Vorlage ablehnend! Herr J. u. l. b. a. habe sich nie geäußert, und er anerkenne dies, für alles Schöne und Gute in Mannheim Beträge auszugeben. Warum macht er denn hier halt? Er könne sich dies nur dadurch erklären, daß der Vorredner meine, die Leuchtfontäne und die Beleuchtung ließen und stellen miteinander. Er könne dieser Anschauung nicht beipflichten. Er bedauere die ablehnende Haltung des Mannes, der alles für Mannheim tue. Die Erstellung der Leuchtfontäne würde 15 000 M. kosten. Sie möge in ihrem Grunde eine Spielerei sein, in ihrer Wirkung und Schönheit sei sie es jedoch nicht. Der Zeitpunkt der Errichtung der Leuchtfontäne sei jetzt da. Die Vorlage ist ausführlich begründet worden und bedarf keiner Worte mehr. Man habe die Freigebigkeit unserer Ehrenbürger zu erwarten, die den Friedrichsplatz zum Abschluß bringt. Sorgen Sie nun dafür, daß der Platz im Sinne des Künstlers ausgeführt wird!

Stv. B. J. u. l. b. a. findet es begreiflich, daß Herr Bürgermeister Ritter das Projekt mit so großer Wärme verteidigt habe. Doch wünsche er nicht, daß dessen Rede durch die Presse veröffentlicht werde, denn es dürfe nicht in die Welt hinausgetragen werden, daß Mannheim erst etwas biete, wenn die Leuchtfontäne erstellt werde. (Anruhe.) Er verstehe nicht, wie Herr Bürgermeister Ritter zu der Bemerkung kommen konnte, er habe von ihm noch keine Kunstwerke gesehen. Er habe den größten Respekt vor Prof. Schmitz und er behauere deshalb, daß er das Kunstwerk ablehnen wolle. Herr Ritter möge kompetenter in der Beurteilung sein, wie er (Redner). Late bliebe er aber immer. Er könne ihm deshalb dieselbe Bemerkung entgegenhalten. Sehr geschmackvoll habe er die Bemerkung nicht gefunden. Das sei kein Argument, sondern eine persönliche Ausartung gewesen. Redner ermahnt die Mitglieder des Stadtordnungsamtes, sich ihren Teil von den Bemerkungen des Stv. B. v. e. i. wegzunehmen. (Große Heiterkeit.) Denn in dieser Sache habe im Stadtordnungsamt eine ganz merkwürdige Einstimmigkeit geherrscht. Wenn vielleicht das große Wasser allein für sich auf der Bildfläche erschienen wäre, wäre er vielleicht geneigter gewesen, der Vorlage zuzustimmen, als wie der Leuchtfontäne, über die sein Urteil immer dasselbe bleiben müsse. Er bleibe darauf bestehen, daß die Leuchtfontäne keine Attraktion sei. Das Obium werde aber auf dem Stadtordnungsamt Vorstand laßen bleiben, daß sie keine verständigen Männer seien, wenn sie gegen die Vorlage stimmten.

Stv. B. S. e. l. b. bestätigt, daß sämtliche Mitglieder des Stadtordnungsamtes gegen die Vorlage gewesen seien. Man habe aber die Sache weder als Kunstverständige entscheiden wollen, noch der Vorlage große Tragweite beigemessen. Man habe einfach deshalb dagegen gestimmt, weil man die Leuchtfontäne an sich für eine Spielerei gehalten habe und weil man sich dagegen wenden wollte, daß man im Gewande der Leuchtfontäne 60 000 M. verlor, ohne ein Wort dabei zu sagen, daß die Leuchtfontäne als Nebenache gelte. Die ganze Art und Weise, wie die Vorlage gemacht wurde, sei dem Stadtordnungsamt Vorstand gegen den Strich gegangen. Es seien ja übrigens auch Statuen und Reliefs auf dem Friedrichsplatz vorgelesen. (Lustig: Die werden gefestigt.) Wenn Alles gestiftet wird, braucht man ja gar nichts zu bewilligen. (Große Heiterkeit.)

Bürgermeister Ritter entgegnet, es hünbe genau in der Abrechnung, daß auf das Wasser der Betrag von 30 000 M. entfalle. Daß die Umformstation für den Rosengarten notwendig

sei, habe er mit keiner Silbe behauptet. Er habe nur gesagt, daß es wünschenswert sei, daß der Umformer, der für die Leuchtfontäne erstellt werden müsse, gleichzeitig eine Reserve für den Hofgarten sei.

Stv. Vehmman bemerkt, es sei mit dankenswerter Offenheit gesagt worden, daß die Fontäne i. St. verpflanzt werden sei. Es sei bedauerlich, daß die städtischen Beamten dies nicht eher bemerkt hätten. Er glaube, daß, wenn das Projekt des Stadttrats durchgeführt werde, der Friedrichsplatz vom künstlerischen Standpunkt aus gewinnen werde. Aber ob der künstlerische Gewinn der Aufwendung entspreche, sei eine andere Frage. Er glaube auch nicht, daß ein einziger Mensch mehr nach Mannheim komme, wenn der Friedrichsplatz vollends aufgestaltet werde. Man könne unmöglich die Verantwortung übernehmen, daß eine so große Summe hinausgeworfen werde.

Stv. V. Magena u ist der Ansicht, daß man vor einer wesentlichen Umwandlung des Friedrichsplatzes stehe, die jedenfalls mehr kosten werde, als man jetzt vorhersehen könne. Deshalb sei man im Stadtratsvorstand zu der ablehnenden Stellungnahme gekommen.

Stv. V. Densheimer bemerkt, man müsse die Verlegung des Bassins und die Erstellung der Leuchtfontäne auseinander halten. Nach seiner Meinung werde der Platz unter allen Umständen durch die Bassinverlegung gewinnen. Seiner Ansicht nach müßte die Verlegung des Bassins stattfinden. Die Leuchtfontäne sei allerdings eine Spielerei, aber sie werde viele Fremde herbeiziehen. Man müsse zu dem Entschluß kommen, daß unter allen Umständen die Verlegung des Bassins stattfinden müsse und man sollte dazu kommen, daß die Leuchtfontäne zur Ausführung gelange.

Stv. Dr. Stern bemerkt, es sei ihm nicht eingefallen, zu sagen, daß die Herren des Stadtratsvorstandes nicht selbständig gehandelt hätten. Die künstlerische Wirkung werde die gleiche sein, ob die Fontäne beleuchtet werde oder nicht. Er würde sich aber als Bürgerausschußmitglied nicht gern von dem Vetter der Ausstellung i. St. unter Umständen den Vorwurf machen lassen, daß der Besuch der Ausstellung voraussichtlich besser geworden wäre, wenn man die Leuchtfontäne bewilligt hätte. (Heiterkeit links.) Ein Mann, der wie Bürgermeister Ritter keine ganze Kraft an die Leitung der Ausstellung setze, würde eine derartige Vorwurf nicht mit Unrecht erheben. Die Leuchtfontäne werde Abends einen Anziehungspunkt bilden. Mit dem Vergnügungspark allein werde man nicht auskommen. Redner ersucht schließlich um Genehmigung der Vorlage.

In der darauf folgenden Abstimmung wird die stadtträtliche Vorlage mit 44 gegen 20 Stimmen angenommen. Dagegen stimmte die sozialdemokratische Fraktion, außerdem die Stv. Anselm, Dr. Gerzard und Tischer.

Bauliche Verstellungen im Hofgarten.

Stv. V. Seltz begründet die Vorlage und bemerkt, daß die geforderten baulichen Verstellungen notwendig gemacht werden müssen, damit der Bau vollständig hergestellt sei. Redner empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Die Abstimmung ergab die Annahme der Vorlage.

Erweiterung der Apparatanlage im Gädewert Luzenberg.

Stv. S. König empfiehlt die Vorlage, welche hierauf einstimmig angenommen wird.

Die Errichtung eines städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes.

Stv. B. Pfeiffle betont in der Begründung der Vorlage, daß die Errichtung eines Nahrungsmitteluntersuchungsamtes angesichts der vielen Nahrungsmittelzufuhren zu begründen sei.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen.

Das Orisstatut betreffend die Errichtung und den Wirkungsbereich der Schulkommission.

Bürgermeister Martin bringt zunächst einige Abänderungsvorschläge zur Verlesung.

Stv. B. Magena u verbreitet sich sehr ausführlich über die Vorlage und begründet die vom Stadtratsvorstand eingebrachten Abänderungsvorschläge. Die Zugleichung von Frauen, deren Kinder die Volksschule besuchen, sei nur zu empfehlen. Er bitte um Annahme der Anträge.

Stv. Dr. Siding er betont, daß der § 11 tatsächlich den Kern der neuen Satzungen enthalte. Die Vertreter der Schule sollten unter allen Umständen gehört werden auch in den Fragen, welche dem Stadtrat zur endgültigen Beschlußfassung unterliegen. Die Festsetzung der Funktionen der Schulkommission und dem Stadtrat sei tatsächlich notwendig geworden. Er möchte hervorheben, daß das Schulgesetz seit 1876 ständig erweitert. 1876 waren 30 Lehrer einschließl. einer Sonderlehrerin vorhanden.

Heute habe man 542 Lehrer, also das 18fache. Das Lehrerkollegium sei außerordentlich gewachsen und in der Schulleitung eine große Veränderung eingetreten. Damals waren der Rektor und ein Lehrer die Vertreter in der Schulkommission. Die Mannheimer Volksschule zerfiel in 26 Einzelschulen und jedes weitere Jahr wachse eine neue Schulabteilung hinzu. Es sei selbstverständlich, daß die Schulangelegenheiten von Faktoren vorbereitet werden sollten, die aus Erfahrungen sprechen und ihr Wort abgeben können. In Karlsruhe und in anderen Städten seien neue Schulstatute erlassen worden. Man sollte auch bei uns dafür eintreten, daß ein Vertreter der Einzelschule in der Schulkommission vertreten sei. Es sei der Antrag eingebracht worden, den er sehr warm begrüße, daß nicht drei, sondern vier Lehrer als Vertreter der Lehrerschaft gewählt werden sollen und daß auch Vertreter der Einzelschulen in der Schulkommission sein sollen. Diese Schule sei so wichtig, daß ihre Vertretung berechtigt sei. Er möchte bitten, den eingebrachten Antrag zu genehmigen, daß die Lehrerschaft nicht drei, sondern vier Vertreter wähle und zwar so, daß jedenfalls einer derselben dem Kollegium der Oberlehrer angehören solle.

Stv. J. H. rüg stimmt dem Vordrner bei und begrüßt es, daß den Lehrern eine erweiterte Vertretung in der Schulkommission durch das neue Statut möglich gemacht wird.

Stv. V. eidi führt aus, daß seine Fraktion Wert darauf lege, daß es dem Kollegium der Lehrer überlassen bleibe, die Leute in die Schulkommission zu schicken. Wir sind überzeugt, daß es dann die Lehrer für notwendig erachten, einen Oberlehrer zu wählen. Wenn die Lehrer das aber nicht für notwendig halten, dann solle auch kein Zwang sein, einen zu wählen. Die Ueberzeugung, daß sie einen Oberlehrer in die Kommission schicken, haben wir ja. Er stimme dem Vordrner zu und er freue sich, daß die Privilegien der Schulkommission etwas erweitert sind. Wenn der Redner an, welche Gründe maßgebend gewesen seien, den vom Schulrat als schädlich bezeichneten Kindern, die oft gezwungen sind, einen weiten Weg in die Schule zu machen, die freie Fahrt auf der Straßenbahn zu verweigern. Er glaube, daß die Stadterwaltung sich dieses doch leisten könnte.

Stv. V. a s s e r m a n n bemerkt dem Vordrner zu dem letzt-erwähnten Punkte, daß die beschriebenen Erhebungen noch im Gange sind. Sodann sprach der Redner seine Freude darüber aus, daß man mit dem neuen Schulstatut heute abend zu einem Abschluß kommen werde. Wenn man das Statut durchsehe, so werde man finden, daß es eine Reihe von Verbesserungen enthalte, namentlich in der Richtung, die der Herr Vordrner soeben erwähnt hat und vor allem in der Vermehrung der Lehrer in der Schulkommission, dann aber auch in der Heranziehung der Frauen. Es würden zwei Anträge vorliegen, welche die Zahl der Vertreter der Lehrerschaft von drei auf vier erhöhen wollen. Er für seine Person hätte nichts dagegen einzuwenden. In erster Linie aber würde er für den Antrag von Herrn Siding er stimmen und zwar aus praktischen Gründen. Praktische Gesichtspunkte waren auch maßgebend, daß eine Lehrerin Mitglied der Schulkommission werde. Im Großen und Ganzen sei er der Ansicht, daß unter den drei gewählten Lehrern auch ein Oberlehrer dabei sei. Sicherer sei es jedoch immer, daß das, was faktisch Übung ist, im Gesetz festgelegt werde.

Bürgermeister v. S o l l a n d e r stimmt zu den gestellten Abänderungsvorschlägen. In Bezug auf die heute gestellten Anträge habe der Stadtrat keine Ursache zur prinzipiellen Ablehnung. Bezüglich der Kommission erlaube die Arbeit und Schwere die Verantwortlichkeit der Einzelnen. Das wäre der einzige Grund, der sich gegen die Erweiterung der Kommission einwenden ließe. Daß die Lehrerschaft genügend vertreten sein müsse, sei selbstverständlich. Eine Verhinderung der gegenwärtigen geringen Vertretung sei erforderlich. Aber, ob es 3 oder 4 seien, sei nicht wesentlich. Die Schulkommission sei keine pädagogische Fachkommission. Redner besprach dann die Vertretung der Geistlichkeit in der Schulkommission. Er habe keinen Fall erlebt, daß die Geistlichkeit geschlossen gegen die Lehrvertretung gestimmt habe. Der Herr Stadtschulrat werde dies bestreiten. Die Vermehrung der Geistlichen in der Schulkommission sei keineswegs mit vollem Recht gewünscht worden. Daß das Gewicht der Geistlichen als Körperschaft geschätzt werde, glaube er nicht. Er glaube, mit der Gegenüberstellung der Geistlichkeit und der Lehrerschaft sei es nicht so schlimm. Aus diesem Grunde wäre eine Vermehrung der Lehrerschaft nicht unbedingt erforderlich gewesen. Aber er wehre sich nicht dagegen. Das möge der Bürgerausschuß frei entscheiden. Er halte diese Frage nicht für wesentlich; wie er auch nicht glaube, daß die Lehrer wesentlich bei gewinnen würden. Redner schließt sich für den Vorschlag des Stv. Dr. Siding er aus. Im Falle der Annahme dieses Antrages möchte er beantragen, daß es heißt, daß einer der 3 auf der Oberlehrer angehören solle. Von einem Kollegium der Oberlehrer sei ihm nichts bekannt.

Stv. W. e d e m a n n findet es durchaus gerechtfertigt, daß unter 4 Lehrern einer der Zahl der Oberlehrer angehöre. Um ein Kollegium handle es sich nicht. Er finde deshalb auch keine Ursache

darin, daß im Statut festgelegt werde, daß einer der Herren Oberlehrer sein solle.

Stv. S. i d i g bemerkt, wenn man den Schulbau am Redner aus Uebergang verfolge, könnte man nicht den Worten des Stadtschulrats Glauben schenken, daß sich die Schullokale vergrößern. Der Bau der Schule am Redner aus Uebergang gehe zu langsam vorwärts. Stadtschulrat P e r r e y entgegnet, der Bau der Schule gehe durchaus normal vorwärts. Er brauche doch erst im Oktober nächsten Jahres fertig zu sein.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Antrag des Stv. Dr. Siding er, daß sich unter den Lehrermittgliedern der Schulkommission auch ein Oberlehrer befinden soll, mit 30 gegen 24 Stimmen angenommen. Der stadtträtliche Antrag wird einstimmig angenommen.

Geländetausch mit Baumeister Peter Böh, Herstellung eines Kinderespielfeldes in der Schwesinger Vorstadt.

In dieser Angelegenheit liegt dem Bürgerausschuß eine eingehende altemännliche Darstellung zur Kenntnisnahme vor.

Stv. Dr. W e i n g a r t geht ausführlich auf die materielle Seite der Angelegenheit ein. Man habe den Platz, so bemerkt der Redner u. a., den man nicht veräußern sollte, trotzdem hergegeben, man habe ihn auch noch billiger hergegeben, als der Preis war, der früher geboten gewesen sei und endlich habe man das Gelände zu einem Preis in die Hand genommen, der außerordentlich hoch sei. Bei dem Tausch sei das Vermögen der Stadt in einer Weise veräußert worden, wie noch selten. Er glaube auch, daß der Stadtrat auch in formaler Beziehung nicht richtig gehandelt habe. Der Stadtrat habe ein Mittel, das ihm scheinbar die Stadterordnung gegeben habe, benutzt und entgegen dem Mehrheitsbeschlusse des Bürgerausschusses gehandelt und habe eine Handlung begangen, die disziplinär zu ahnden sei.

Bürgermeister M a r t i n: Ich kann nicht zugeben, daß Herr Dr. Weingart auspricht, daß das Vorgeden des Stadtrats disziplinär zu ahnden sei.

Stv. Dr. W e i n g a r t (fortfahrend): Er glaube, daß der aufmerksame Zuhörer aus dem Vortragenen entnehmen habe, daß das Interesse der Stadt nicht in der wünschenswerten Weise wahrgenommen worden sei. Nach § 137 der Städteordnung könne der Stadtrat wohl genehmigen, es beste aber in § 139, daß alle Veräußerungen des beweglichen und unbeweglichen Vermögens und alle Verpachtungen in öffentlicher Versteigerung geschähen müßten. Davon könne nur dann abgegangen werden, wenn bei unbeweglichen Gegenständen der Bürgerausschuß eine andere Veräußerungsart für angemessen halte. Wenn auch der Stadtrat berechtigt gewesen sei, das Grundstück zu veräußern, ohne den Bürgerausschuß zu befragen, so hätte die Veräußerung eben auch nur im Wege des öffentlichen Auktions erfolgen können. Er lege auch der formalen Seite der Sache nicht die geringste Bedeutung bei. Für ihn handle es sich um die materielle Seite. Der Bürgerausschuß habe alle Veranlassung darauf zu achten, daß seine Beschlüsse nicht nur dem Wortlaut, sondern dem Sinne nach vollzogen würden.

Bürgermeister M a r t i n: Da der Vordrner der formalen Seite keinen Wert beilege, brauche er ihm nicht zu widersprechen. Auf der anderen Seite müsse mit Unschicklichkeit dazwischen Vermehrung eingelegt werden, daß städtische Mittel vergeudet worden seien. Es handle sich um keine Veräußerung des Stadtrats, sondern um eine altemännliche Darlegung der Sachlage, wie sie vom Bürgerausschuß gewünscht worden sei. Aus der altemännlichen Darlegung geht hervor, daß die Ausführungen des Stv. Dr. Weingart unrichtig seien. Es hätten zwingende Gründe vorgelegen, daß der Stadtrat so gehandelt hätte. Man möge dies daraus entnehmen, daß er im Stadtrat ausdrücklich vorgezogen habe: der Bürgerausschuß hat vor einigen Monaten das und das beschloffen und wenn wir heute den Laus beschließen, so kann man unter Umständen folgern, daß es eine Art Umkehrung sei. Unter allen Umständen werde der Bürgerausschuß von dem Beschluß unangenehm berührt sein. Er sei für seine Person allerdings nicht in der Lage gewesen, dem Stadtrat einen anderen Ausweg vorzuschlagen, um über die absehbare Bedauerungsweise hinweg zu kommen. Eine Bürgerausschußsitzung kommt nicht mehr einzusetzen werden. In dieser Lage habe der Stadtrat, obwohl er vollständig orientiert gewesen sei, einstimmig beschloffen, so zu handeln, wie er gehandelt habe. Der Bürgerausschuß dürfe wohl zu seiner Verwaltungsbehörde noch das Vertrauen haben, daß von einer Veräußerung keine Rede sein könne, sondern zugehende Gründe vorgelegen hätten.

Stv. W. i d i g bemerkt, der Stadtrat hätte wenigstens in der nächsten Bürgerausschußsitzung das Material vorlegen sollen, was viel Mühsal hätte man verlangen können.

Bürgermeister M a r t i n: Der Stadtrat werde wohl nicht mehr so leicht in eine solche Lage kommen. Sollte es aber der Fall sein, dann werde er dafür sorgen, daß das Material sofort vorgelegt werde.

Damit schließt um halb 8 Uhr die Sitzung.



Sunlicht Seife

richtig angewandt bringt bei tadellosem Ausfall der Wäsche eine wesentliche Arbeitserleichterung und Arbeitsverkürzung mit sich. Man reibe die Wäschestücke leicht aber vollständig mit Sunlicht Seife ein, rolle sie fest zusammen und lasse sie in einer Waschlösung knapp mit Wasser bedeckt 2 Stunden liegen...

Ruhrkohlen advertisement with text: engl. Anthracit-Kohlen, Ruhr-Brochococs für Zentralheizungen, sowie Ruhr-Gasococs, Ellorm- und Braunkohlenbrikets, Anfeuerholz 65753, empfiehlt zu Tagespreisen franco Haus, J. K. Wiederhold, Luisenring 37. - Telephon 616

Siemens-Tantallampe advertisement with text: Überall erhältlich, Elektrische Spar-Glühlampe

Union Brikets advertisement with text: Trotz erhöhter Einkaufspreise gebe ich prima Braunkohlenbrikets Union bis auf Weiteres zu den bisherigen Preisen, Mk. 1.- per Ctr. bei 20 Ctr., 1.05 " " " 30, 1.10 " " " wenig, frei Keller, Heinrich Gloek, Grabenstrasse 15, Teleph. 1155.

